# Der SPD Bundestags-Newsletter für Mittelfranken

AUSGABE 04

# PLENUM 2022

## In dieser Ausgabe:


THEMA DER WOCHE:
Der Bundeshaushalt steht

GABRIELA HEINRICH:
Milliarden für Verantwortung in der Welt

MARTINA STAMM-FIBICH:
Größter Haushalt im Ressort Gesundheit beschlossen

CARSTEN TRÄGER:
Mehr Mittel für Umwelt- und Verbraucherschutz

JAN PLOBNER:
400 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schiene



**Herausgeber:** Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich, Carsten Träger und Jan Plobner. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Abgeordneten. Der Newsletter enthält Links zu anderen Websites. Diese Verlinkungen sind in der Regel als solche gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben keinen Einfluss darauf, inwieweit auf den verlinkten Webseiten die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.


SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

# Der Bundeshaushalt steht

## Bundestag beschließt Ausgaben in Höhe von 495,79 Milliarden Euro. Corona-Pandemie und Klimakrise hinterlassen ihre Spuren.

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt 2022 beraten. Die Beratungen waren äußerst intensiv. Durch die vorläufige Haushaltsführung erreichten uns oft eilige Vorlagen der Regierung. Zudem wurde der Regierungsentwurf noch einmal überarbeitet und uns im März zugeleitet, der Ergänzungshaushalt im April. Durch konzentriertes und effizientes Arbeiten in den Detailberatungen konnten die zuständigen Kolleg*innen im Haushaltsausschuss die Bereinigungssitzung nach knapp 14,5 Stunden um 2:40 Uhr abschließen.

**Der Mindestlohn wird zum 1. Oktober von 9,42 Euro auf zwölf Euro angehoben und bringt einen Lohnsprung für sechs Millionen Menschen in Deutschland.**

Die Haushaltswoche stand im Zeichen großer, globaler Krisen. Die Corona-Pandemie und die Klimakrise stellen uns weiterhin vor große Herausforderungen und seit dem 24.02.2022 sehen wir uns mit einem Angriffskrieg auf die Ukraine durch Russland konfrontiert, dessen Auswirkungen wir nicht vorhersehen können. Zur Abfederung der Folgen haben wir schnell reagiert, Entlastungspakete auf den Weg gebracht und durch einen Ergänzungshaushalt finanzielle Vorsorge für weitere notwendige Schritte getroffen.

Und wir schaffen Sicherheit in der Krise, international und in Deutschland. Wir investieren in Infrastruktur, schützen das Klima, unterstützen den Mittelstand, fördern Forschung, Innovation und den sozialen Zusammenhalt. Zudem stärken wir Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik. Die Haushaltspolitik der Ampel zeichnet sich aus durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für die Sache. Wir bringen gemeinsam unsere Stärken ein, ergänzen einander und schaffen so die Grundlage für eine auf Zukunft gerichtete Politik. Für den Bundeshaushalt 2022 stehen Ausgaben in Höhe von 495,79 Milliarden Euro zu Buche.

- Niemand muss Kürzungen von Staatsleistungen fürchten. Wir finanzieren die Entlastungspakete und federn u.a. die Beiträge der Künstlersozialkasse für 2023 ab.
- Wir investieren in die äußere Sicherheit und stocken humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik massiv auf. Die Abmilderung des Angriffskriegs im In- und Ausland hat Priorität.
- Wie auch in den letzten beiden Jahren wird in 2022 aufgrund der andauernden Krisen die Ausnahmeregel zur Schuldenregel gezogen und um den Aspekt „Angriffskrieg gegen die Ukraine“ ergänzt. Folglich liegt die Nettokreditaufnahme bei 138,9 Milliarden Euro.

Daneben, und das hat weniger mit dem Bundeshaushalt zu tun, haben wir in dieser Woche die Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde beschlossen. Das bedeutet eine Lohnerhöhung für über sechs Millionen Menschen. Wir sind stolz, dass der Haushalt und die Politik der Ampel auch eine so deutliche sozialdemokratische Handschrift tragen.

**Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord**

gabriela.heinrich@bundestag.de

030 - 227 758 44

www.gabriela-heinrich.de

facebook.com/heinrichgabriela

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

# Milliarden für Verantwortung in der Welt

Der Bundestag reagiert mit dem neuen Haushalt auch auf den Krieg in der Ukraine. Aber auch das Entwicklungsministerium erhält mehr Geld.

**Der Bundestag hat das Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen, aber auch die Etats für das Außen- und das Entwicklungsministerium. Letztere müssen auf die globalen Krisen reagieren. Der Haushalt drückt in Zahlen aus, dass wir nicht nur militärisch auf die Zeitenwende durch Putins Krieg antworten.**

**Der Etat des Auswärtigen Amtes steigt auf 7,5 Milliarden Euro, 2,7 sind für die humanitäre Hilfe eingeplant. Im neuen Haushalt geht es bei weitem nicht nur um die Bundeswehr.**

### Einzelplan 05 – Auswärtiges Amt

Der Etat des Auswärtigen Amtes steigt auf 7,5 Milliarden Euro. Auf humanitäre Hilfe entfällt ein Drittel davon, 2,7 Milliarden Euro. Natürlich ist es erfreulich, dass wir mit so viel Geld notleidenden Menschen helfen können. Andererseits ist es eine Katastrophe, dass es so viele notleidende Menschen gibt. Der Etat zeigt auch, dass die "Zeitenwende" eben nicht nur militärisch zu denken ist. Wir investieren zum Beispiel 600 Millionen Euro für "Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung" sowie 32 Millionen Euro für das Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF).

### Einzelplan 23 – Entwicklungsministerium

Auch das Entwicklungsministerium erhält mehr Geld. Die SPD hat durchgesetzt, dass sein Etat 2022 auf über zwölf Milliarden Euro steigt (unter schwarz-gelb waren es 6,3 Milliarden). Der Aufwuchs ist bitter notwendig: Zu den globalen Krisen der letzten Jahre – Klimawandel und Pandemie – ist jetzt noch der Ukraine-Krieg gekommen. Die Ukraine war eine Kornkammer für Exporte in Entwicklungsländer. Putin setzt den Hunger als Waffe ein. Er zerstört die ukrainische Landwirtschaft und blockiert ukrainische Häfen, so dass kein Getreide exportiert werden kann. Wir helfen. Gefreut hat mich, dass der Etat feministischer geworden ist: Die Mittel für UN Women steigen deutlich. Der Weltbank-Fonds „Global Financing Facility“, der die Rechte von Frauen und Mädchen stärkt, war bislang im Haushalt nicht abgesichert – das ändern wir jetzt!

### Sondervermögen Bundeswehr

Zum Glück hat die Union nicht blockiert: Das Sondervermögen stellt einmalig 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereit. Das wird die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik steigern; wir werden die Bündnisverpflichtungen der NATO wahrnehmen können. Das Gute: Das Sondervermögen muss nicht an anderer Stelle im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden. Wir müssen also nicht bei den Zukunftsinvestitionen des Koalitionsvertrags sparen.

**Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen**

martina.stamm-fibich@bundestag.de

030 - 227 774 22

www.stamm-fibich.de

facebook.com/martina.stammfibich

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

# Größter Haushalt im Ressort Gesundheit beschlossen

Schieflage der gesetzlichen Krankenkassen führt zu einer Erhöhung des Etats auf 64 Milliarden Euro. Defizit der GKV stieg auf 5,8 Milliarden Euro in 2021.

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach bezeichnete den Einzelplan 15 für das Ressort Gesundheit in seiner Rede am Donnerstag als Haushalt der Pandemiekrise und der Krisen im Gesundheitssystem. Mit 64 Milliarden Euro ist es der bis jetzt größte Haushalt für das Ressort Gesundheit und der zweitgrößte Haushalt aller Ministerien.

Ein zentraler Grund für die Höhe des Haushalts ist die finanzielle Schieflage der gesetzlichen Krankenkassen. Durch die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab März 2020 und die pandemiebedingt steigende Arbeitslosigkeit kam es zu einem Einbruch bei den Beitragseinnahmen der GKV.

Im Jahr 2021 wies die GKV ein Defizit von rund 5,8 Milliarden Euro aus, weshalb die Bundesregierung bereits einen Sonderzuschuss von 14 Milliarden Euro für 2022 beschloss, um den durchschnittlichen Zusatzbeitrag zur GKV stabil bei 1,3 Prozent zu halten. Jetzt prognostiziert der GKV-Spitzenverband ein Defizit in Höhe von 17 Milliarden Euro für das Jahr 2023. Der Bundeszuschuss soll deshalb von den bisherigen 14 Milliarden Euro auf 19,5 Milliarden Euro jährlich ab 2023 steigen.

**Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen ist ein großes Thema in den Beratungen. Mit 64 Milliarden ist die Gesundheit der zweitgrößte Haushalt.** *F.: ThorbenWengert/pixelio*

Durch diesen jetzt beschlossenen Haushalt, soll unter anderem das von der jetzigen Regierung geerbte finanzielle Defizit der GKV ohne Leistungskürzungen für die Versicherten behoben werden.

Neben einer Krankenhausreform möchte die Regierung auch ein Konzept zur medizinischen Versorgung in unterversorgten Gebiete und sozialen Brennpunkten aufbauen. Außerdem ist ein Pflegeentlastungsgesetz geplant, durch das der Pflegenotstand behoben werden soll. Weitere Gelder sind für die Digitalisierung des Gesundheitswesens und die Beschaffung von Impfstoffen eingeplant.

## So liefen die Beratungen

In der Woche vom 31. Mai bis 3. Juni fanden die Haushaltsberatungen für den Haushaltsplan 2022 statt. Auf die Beratungenn im Haushaltsausschuss folgte am Donnerstag die zweite von drei Lesungen. Im Anschluss an die Debatte wurde der Einzelplan 15 für das Ressort Gesundheit angenommen. Am Freitag stimmte der Bundestag nach der dritten Lesung über das Haushaltsgesetz 2022 einschließlich des Ergänzungshaushalts ab.

**Carsten Träger | Wahlkreis Fürth**

carsten.traeger@bundestag.de

030 - 227 778 01

www.carsten-traeger.de

facebook.com/carstentraegermdb

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

# Mehr Mittel für Umwelt- und Verbraucherschutz

Erstmals ist der Haushalt auf die neuen Ministerien zugeschnitten. Der Einzelplan für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit umfasst nun auch den Verbraucherschutz. Angesichts der großen Menschheitskrisen erhöhen wir die Mittel entschlossen.

Das Ziel, Sicherheit für unser Land, unsere Bündnispartner und die Menschen zu garantieren, beherrscht seit dem Überfall Wladimir Putins auf die Ukraine die politischen Debatten. Wir verbessern und erhöhen deshalb mit zahlreichen Maßnahmen die äußere Sicherheit, die innere Sicherheit, die soziale Sicherheit und die Energiesicherheit.

Eine andere Dimension der Sicherheit ist in den vergangenen Monaten etwas in den Hintergrund der medialen Aufmerksamkeit getreten: die Sicherheit unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Doch die beiden großen Menschheitskrisen des Klimawandels und des Artensterbens dauern unvermindert an, und sie erfordern ebenso entschlossenes Handeln.

Die Sicherheit unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist mit den anderen Sicherheitsdimensionen verzahnt. Wenn es uns gelingt, eine Förderkulisse für Erneuerbare Energien zu schaffen, die uns unabhängig von Energieimporten macht und mittelfristig günstige Energie beschert, wird uns das auch ein Energieszenario bescheren, das nicht auf Kosten der Natur und der Gesundheit der Menschen geht und nicht den Fortbestand aller Menschen und Tiere auf diesem Planeten riskiert.

Der Einzelplan 16 für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz des Haushalts 2022 trägt dem Rechnung. Es geht um nichts weniger als darum, unsere Ökosysteme zu retten und die Artenvielfalt, unsere Meere, Moore, Wälder nachhaltig zu schützen.

Der Einzelplan enthält deshalb mehr Mittel für kommunale Projekte zum natürlichen Klimaschutz, mehr Geld für den Meeresschutz, mehr Geld für die Kreislaufwirtschaft und den Schutz der Wattenmeere

Im parlamentarischen Verfahren haben wir dafür gesorgt, dass im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz Maßnahmen vorgesehen werden, durch die der Klimaschutz in kommunalen Gebieten und in ländlichen Räumen besonders vorangebracht werden kann. 2023 wird es dazu einen Förderaufruf geben.

Auch den Bundesnaturschutzfonds stocken wir auf und verbinden damit ein Hilfsprogramm für Arten, die besonders vom Ausbau erneuerbarer Energien betroffen sind. So adressieren wir Konflikte zwischen Klima- und Naturschutz, die den Ausbau erneuerbarer Energien lange behindert haben.

Für den nationalen Meeresschutz werden in den nächsten Jahren 7 Millionen Euro eingestellt. Damit müssen unter anderem Altlasten aus dem Zweiten Weltkrieg in Nord- und Ostsee beseitigt werden. Wir haben außerdem die Förderung von Wattenmeerzentren erreicht, um den Schutz und das Umwelt- und Naturbewusstsein für diese einzigartige Küstenregion zu stärken.

Ganz neu im Umwelthaushalt ist der Start des Recyclinglabels. Damit wird der Einsatz von Rezyklaten bei der Herstellung neuer Produkte gefördert, eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Das Label wird unter anderem die Produktauswahl bei der öffentlichen Beschaffung erleichtern.

Es ist ein guter Haushalt für den Umwelt- und Verbraucherschutz.

**Jan Plobner** | **Wahlkreis Nürnberger Land und Roth**

jan.plobner@bundestag.de

030 - 227 71 577

www.jan-plobner.de

facebook.com/janplobner.5

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

# 400 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schiene

## Verkehrsausschuss berät abschließend über Haushalt. Mehr Investitionen sind dauerhaft notwendig, um Verkehr von der Straße auf die Bahn zu bringen.

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt für das Jahr 2022 beraten – in einer Zeit, in der wir zahlreichen Krisen ausgesetzt sind. Darunter die Klimakrise, die Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Zur Abfederung der Folgen hat die Ampel-Koalition bereits schnell reagiert, Entlastungspakete auf den Weg gebracht und finanzielle Vorsorge für weitere notwendige Schritte getroffen.

So entschlossen und verantwortungsbewusst haben wir auch diesen Haushalt verhandelt. Gerade der Verkehrsbereich ist für mich als Mitglied des Verkehrsausschusses besonders wichtig. Hier konnten wir wichtige finanzielle Maßnahmen beschließen und zentrale Impulse für die kommenden Jahre setzen.

Besonders zentral sind hierbei die Themen Digitalisierung der Schiene und das Programm zur Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen und deren barrierefreier Umbau.

Mit fast 400 Millionen Euro zusätzlich für die Digitalisierung der Schiene im europäischen Verbund in den nächsten Jahren senden wir ein wichtiges Signal für eine neue Schwerpunktsetzung in der Mobilitätspolitik. Dennoch ist uns bewusst, dass in den künftigen Haushalten mehr passieren muss, damit wir unser Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umsetzen können, mehr in die Schiene als in die Straße zu investieren.

Aber auch das Förderprogramm zur Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen und deren barrierefreier Umbau ist ein wichtiger Hebel, um sowohl die Konjunktur, gerade in der jetzigen schwierigen Zeit, anzukurbeln und um Barrierefreiheit endlich voranzubringen. Allein 7,4 Millionen Euro des Programmes stehen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität von Bahnhöfen zur Verfügung. Weitere 14,1 Millionen Euro des Bahnhofsprogramms sollen für ein Sofortprogramm Barrierefreiheit eingesetzt werden.

**Die Themen Digitalisierung der Schiene und Barrierefreiheit spielten in der Haushaltsplanung eine wichtige Rolle.**

Davon profitieren vor allem lokale Firmen und Handwerker*innen. Noch dazu werden die Verbesserungen schnell und unmittelbar in den Kommunen sichtbar. Nicht zuletzt werden weitere fünf Millionen Euro zusätzlich für Studien zur Entwicklung eines einheitlichen europäischen Nachtzugangebots bereitgestellt. Auch hier setzt die Ampel-Koalition ein wichtiges Signal in Richtung klimafreundliches Reisen, auch über europäische Grenzen hinweg.